

Datum

3. Februar 2024

Diözesanräte bekennen sich zu christlichem Engagement gegen Ausgrenzung und Rechtsextremismus

Vertreter*innen von sechs ostdeutschen diözesanen Räten sehen „im Wahljahr 2024 gefährliche Tendenzen“ in der Gesellschaft. „Menschen werden diskriminiert und ausgegrenzt. Überwunden geglaubte Menschenfeindlichkeit erhält Platz und Stimme. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren werden ständig verschoben“, heißt es einer Erklärung, die heute von ihnen in Erfurt verabschiedet wurde. Die sechs ostdeutschen Räte machen für die gesellschaftliche Stimmung „insbesondere die AfD verantwortlich, von der wir uns klar distanzieren.“

Die Erklärung unter dem Titel „Demokratie – Respekt – Christliche Verantwortung“ ist von den Diözesanräten der Katholik*innen im Erzbistum Berlin und im Bistum Görlitz sowie von den Katholikenräten der Bistümer Dresden-Meißen, Erfurt und Magdeburg unterzeichnet. Sie wurde auf der Konferenz der deutschen Diözesanräte in Erfurt verabschiedet und einstimmig von dieser Konferenz unterstützt. Der Konferenz gehören Vertreter*innen der 29 diözesanen Räte in Deutschland an. Darunter sind die Vorsitzenden der Räte, deren Geschäftsführende sowie weitere Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in diesen Räten.

„Wir Katholik*innen wollen den Zusammenhalt in der Gesellschaft, das Gemeinwohl und unsere Demokratie stärken“, heißt es in der Erklärung der sechs ostdeutschen Räte. „Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern ein positiver gesellschaftlicher Wert. Nur in gemeinsamer Verantwortung können wir den drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie dem Klimawandel, der Suche nach Wegen zum Frieden und der nach Erhaltung individueller sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit begegnen.“

[Zur Erklärung](#)